



Presseschau vom 14.02.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, Inr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zur Ukraine-Krise – die neuesten Entwicklungen

Die Vorwürfe der NATO gegenüber Russland reißen nicht ab. Das Transatlantische Bündnis warnt seit Wochen vor einer "russischen Invasion" der Ukraine. Moskau dementiert die Vorwürfe. Bisherige diplomatische Bemühungen blieben erfolglos. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9>

Christian Harde: Steinmeier nach Wiederwahl – Schuldzuweisungen und Warnungen an Putin

In seiner Rede nach der Wiederwahl zum Bundespräsidenten hat Frank-Walter Steinmeier heftige Vorwürfe an die Adresse Russlands und dessen Präsidenten Wladimir Putin erhoben. Moskau gefährde die europäische Sicherheit und bedrohe die Souveränität der Ukraine. ...

<https://kurz.rt.com/2tfz>

de.rt.com: Tulsi Gabbard: Biden hofft darauf, dass Russland in der Ukraine einmarschiert

Die ehemalige US-Abgeordnete meint, die USA und die NATO wollen, dass Moskau angreift, damit sie "drakonische" Sanktionen verhängen und den militärisch-industriellen Komplex noch reicher machen können. In Wirklichkeit wolle die NATO die Ukraine nicht. ...

<https://kurz.rt.com/2tfe>

Leo Ensel: Die zweite Rede des Wladimir Putin – oder: 15 Jahre nach der Münchner Sicherheitskonferenz 2007

In seiner berühmten Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz kritisierte Wladimir Putin den Unilateralismus der USA und die Völkerrechtsbrüche des Westens. Auf die Argumente auch nur einzugehen, hielt damals niemand für nötig. Heute stehen alle vor einem gigantischen Scherbenhaufen.

<https://kurz.rt.com/2tg4>

snews.de: Vor Putin-Scholz-Treffen: Deutsche Geschäftsleute in Russland wenden sich mahrend an Bundeskanzler

Angesichts der angespannten Lage um die Ukraine reist Bundeskanzler Olaf Scholz am Montag zu Gesprächen nach Kiew und am Dienstag nach Moskau. Die Deutsch-Russische Auslandshandelskammer (AHK) nimmt diese Reise zum Anlass, um an die Wichtigkeit der Wirtschaftskontakte besonders in schweren Zeiten zu betonen. ...

<https://snews.de/20220214/deutsche-geschaeftsleute-putin-scholz-5352834.html>

snews.de: Ein Krieg, der längst begonnen hat – Bericht einer Deutschen im Donbass
Seit einigen Monaten befindet sich die freie Journalistin Alina Lipp im Donbass. Von dort berichtet sie über die aktuelle Lage in dem Kriegsgebiet, wo sich westliche Journalisten seit Anfang des Konflikts nur selten blicken lassen. ...

<https://snews.de/20220214/bericht-einer-deutschen-im-donbass-5354960.html>

abends/nachts:

tass.ru: Kiew forderte ein Treffen mit der Russischen Föderation und den am Wiener Dokument beteiligten Ländern innerhalb von 48 Stunden

Zuvor hatte sich die Ukraine mit der Forderung an die Russische Föderation gewandt, innerhalb von 48 Stunden detaillierte Erklärungen zu „militärischen Aktivitäten“ in Gebieten vorzulegen, die an das Territorium der Ukraine angrenzen.

Die Ukraine forderte ein Treffen mit der Russischen Föderation und den Ländern des Wiener Dokuments innerhalb von 48 Stunden, um die Situation zu erörtern und die Situation um Truppenbewegungen entlang der ukrainischen Grenze zu klären. Dies teilte der Außenminister der Ukraine Dmitri Kuleba mit.

„Russland hat auf unsere Anfrage im Rahmen des Wiener Dokuments nicht reagiert. Deshalb unternehmen wir den nächsten Schritt. Wir bitten um ein Treffen mit Russland und allen teilnehmenden Staaten innerhalb von 48 Stunden, um die Verstärkung und Umschichtung von Truppen entlang unserer Grenze und auf der vorübergehend besetzten Krim zu besprechen“, schrieb er auf Twitter.

Am 11. Februar wandte sich Kiew an die Russische Föderation mit der Forderung, innerhalb von 48 Stunden detaillierte Erklärungen zu "militärischen Aktivitäten" in an das Territorium der Ukraine angrenzenden Gebieten, einschließlich der Krim, abzugeben. Dabei warnte der ukrainische Außenminister, dass sich die Ukraine in Ermangelung einer Antwort an die Russische Föderation und andere Staaten – Teilnehmer des Wiener Dokuments – wenden werde, um ein Dringlichkeitstreffen einzuberufen, um solche Klarstellungen zu erhalten. Das Wiener Dokument stammt aus dem Jahr 2011 und wurde im Rahmen der OSZE verabschiedet. Es beinhaltet Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens zwischen den Ländern. Sein Text legt spezifische Verfahren für die Interaktion zwischen dem Militär der OSZE-Teilnehmerländer fest.

In letzter Zeit gab es in westlichen Ländern sowie in Kiew Erklärungen über eine mögliche

russische Invasion in der Ukraine. Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, nannte solche Informationen eine leere und unbegründete Eskalation der Spannungen. Er betonte, dass Russland für niemanden eine Bedrohung darstelle. Gleichzeitig schloss Peskow die Möglichkeit von Provokationen zur Rechtfertigung solcher Äußerungen nicht aus und warnte davor, dass Versuche, die Krise in der Südostukraine mit Gewalt zu lösen, schwerste Folgen haben würden.



https://photonass3.cdnvideo.ru/width/1020_b9261fa1/tass/m2/uploads/i/20220213/6609387.jpg

rusvesna.su: **Die US-Botschaft wird von Kiew nach Lwow evakuiert**

Die diplomatischen Mitarbeiter der US-Botschaft, die nach der Evakuierungswelle in der Ukraine geblieben sind, ziehen nach Lwow, um dort zu arbeiten. Das berichten ukrainische Medien unter Berufung auf eine Quelle.

Die Entscheidung zum Umzug wurde kurzfristig getroffen – als Reaktion auf sich ändernde Sicherheitseinschätzungen. Der Umzug läuft gerade, am heutigen Sonntag.

„Dies ist eine vorübergehende Lösung, das Botschaftsteam wird nach Kiew zurückkehren, sobald die Sicherheitslage dies zulässt“, sagte ein Sprecher des Außenministeriums, der unter der Bedingung der Anonymität sprach.

In den USA gibt es keine Schätzung, wann die Botschaft in Kiew wiedereröffnet wird.

„Das Hauptteam der Botschaft, Abteilungsleiter usw. werden in Lwow arbeiten.“ stellte der Diplomat fest.

Geschäftsträgerin Christina Quinn zieht ebenfalls nach Lwow um.

Die Quelle betonte, dass das Botschaftsgebäude in Kiew trotz dieser Entscheidung "nicht verlassen bleiben wird" - technisches Personal arbeite dort weiter, auch um die Sicherheit der Gebäude zu gewährleisten.

Zuvor, am Samstag, ordnete das Außenministerium an, dass ‚unkritische‘ Diplomaten Kiew verlassen sollen. Sie verließen die Ukraine.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/origin_wm/public/diplomat_deputat.jpg

rusvesna.su: **Pentagon: Die USA werden keine Präventivmaßnahmen gegen Russland einleiten**

Die US-Regierung erwäge immer noch nicht, wegen der anhaltenden Krise in der Ukraine präventive Sanktionen gegen Russland zu verhängen, sagte Pentagon-Sprecher John Kirby am Sonntag.

„Im Moment erwägen wir nicht die Möglichkeit, ein präventives Sanktionsregime einzuführen“, sagte Kirby bei Fox News.

Der Pentagon-Sprecher betonte, wenn jetzt groß angelegte Sanktionen gegen Russland verhängt würden, würden diese "ihre abschreckende Wirkung verlieren".

„Wir glauben, dass sie diesen Effekt in Reserve beibehalten“, sagte ein hochrangiger US-Militär.

Zuvor hatte eine Gruppe von Demokraten unter Führung von Senator Robert Menendez einen Gesetzentwurf eingebracht, der im Falle einer Eskalation der Krise in der Ukraine die Verhängung von Sanktionen gegen die Führung der Russischen Föderation vorsieht.

Die Sanktionen könnten auch das russische Gaspipeline-Projekt Nord Stream 2 betreffen. Ein identischer Gesetzentwurf war zuvor auch dem Repräsentantenhaus des Kongresses vorgelegt worden.

Letzte Woche wurde berichtet, dass der US-Kongress nicht genug Zeit hatte, um einen Gesetzentwurf über Sanktionen gegen die Russische Föderation im Falle einer Eskalation der Spannungen in der Ukraine zu prüfen, bevor er in den Urlaub ging, der am 28. Februar endet.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/amerikanskie-sankcii.jpg

de.rt.com: **Bolivians Ex-Staatschef Evo Morales wirft US-Drogenbekämpfungsbehörde Destabilisierungspläne vor**

Am Samstag hat der frühere bolivianische Präsident Evo Morales seine Landsleute vor einem Plan der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA gewarnt, das Anden-Land zu destabilisieren. Hintergrund ist eine US-Ermittlung gegen seinen früheren Antidrogenchef Maximiliano Dávila.

Der ehemalige bolivianische Staatschef Evo Morales hat am Samstag auf Twitter der US-Drogenbekämpfungsbehörde DEA vorgeworfen, sein Land destabilisieren zu wollen. In einem Thread aus fünf Tweets sprach er von Lügen und Hassreden gegen die einheimische Bewegung der Kokabauern und deren Anführer. Der Plan bestehe darin, die Bevölkerung mit Lügen zu spalten. Dabei appellierte der frühere Präsident an die internationale Gemeinschaft. Morales schrieb ferner, dass die DEA mit ihrer "politischen Operation" demselben Rezept folge, das die USA nutzten, um Staatsstriche zu rechtfertigen und in andere Länder einzufallen. Dabei verwies er auf die berüchtigte Operation Condor. Um sie in die Tat umzusetzen, habe man unter anderem sozialistische Präsidenten als Terroristen gebrandmarkt und dann Bodenschätze geplündert.

Der frühere Präsident machte darauf aufmerksam, dass die politische Rechte in Bolivien eine Niederlage erlitten hatte. Deswegen versuchten nun die USA und ihre Behörden, die von Morales geleitete Bewegung zum Sozialismus MAS-IPSP politisch in Verruf zu bringen und dann physisch zu eliminieren. Einer der ideologischen Grundsätze der Bewegung sei die Verteidigung der Souveränität.

"Von der DEA abzuhängen, heißt, Boliviens Souveränität dem US-amerikanischen Interventionismus auszuliefern. Die DEA zu verteidigen, heißt, den Kampf für die Freiheit und die Würde unserer Völker zu verraten. Bolivien ist ein freies und würdevolles Land." Ende Januar war in der bolivianischen Hauptstadt La Paz der frühere Chef der nationalen Antidrogenbehörde im letzten Kabinett von Morales verhaftet worden. Nach der Verhaftung von Maximiliano Dávila, der angeblich Kontakte zum Drogenhandel haben soll, leitete die DEA gegen den früheren Beamten eine Untersuchung wegen illegalen Waffenbesitzes und Kokainschmuggels in die USA ein. Anfang Februar setzte das US-Außenministerium eine Belohnung in Höhe von fünf Millionen US-Dollar für Informationen aus, die zur Verurteilung von Dávila führen könnten. Laut Medienberichten könnten die US-Behörden eine Auslieferung des Verdächtigen fordern. Es gab inzwischen Versuche, Morales mit den mutmaßlichen illegalen Aktivitäten des früheren Antidrogenchefs in Verbindung zu bringen.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6208d320b480cc76323ea3df.jpg>

snanews.de: **OSZE setzt Beobachtungsmission in Ukraine fort**

Ungeachtet der Ausreise-Aufrufe einzelner Staaten will die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ihre Beobachtungsmission in der Ukraine fortsetzen. Die Sonderbeobachtungsmission teilte am Sonntagabend mit, sie werde „ihr von der OSZE genehmigtes Mandat weiter umsetzen und ihre Beobachter in zehn Städten in der ganzen Ukraine einsetzen“. Zugleich wurde betont, dass der Sicherheit der Mitarbeiter höchste Priorität eingeräumt werde.

Einzelne OSZE-Mitgliedsstaaten hätten ihre Beobachter angesichts der zunehmenden Spannungen zur Ausreise aus der Ukraine aufgerufen, hieß es in der Mitteilung. Unklar war zunächst, ob sich die Mission durch abreisende Mitarbeiter verkleinern würde oder ob diese durch andere Beobachter ersetzt werden sollen. Unter anderem die USA haben ihre Staatsbürger zur Ausreise aufgerufen – was auch die amerikanischen OSZE-Beobachter betrifft.

Russland kritisiert Ausreise-Aufrufe an OSZE-Beobachter

Das russische Außenministerium kritisierte die Ausreise-Aufrufe an OSZE-Beobachter scharf. „Diese Entscheidung muss uns ernsthafte Sorge bereiten“, sagte Ministeriumssprecherin Maria Sacharowa.

„Die Mission wird bewusst in die von Washington geschürte militaristische Psychose hineingezogen und als Instrument für eine mögliche Provokation benutzt.“

„Wir sind der Meinung, dass unter den Bedingungen der künstlich geschürten Spannungen die Überwachungstätigkeit der Mission in voller Übereinstimmung mit ihrem Mandat mehr denn je erforderlich ist“, betonte Sacharowa.

Wegen der angespannten Lage in der Ukraine forderten mehrere Länder, wie die USA, Großbritannien, Dänemark, Lettland, Estland und Deutschland, ihre Staatsbürger zur Ausreise aus der Ukraine auf. Seit Monaten spekulieren westliche Medien über eine angeblich bevorstehende „russische Invasion“ in die Ukraine. Die Nato und einige anderen Länder kritisieren angebliche Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und drohen Moskau mit schwerwiegenden Konsequenzen. Moskau wies die Vorwürfe wiederholt zurück und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.



https://cdn1.snnews.de/img/07e6/01/1e/5177866_0:0:3071:1728_1920x0_80_0_0_e786845b062e3ddb200f5ee32470ec42.jpg

rusvesna.su: **Der französische Botschafter in der Ukraine forderte seine Landsleute auf, sich mit Wasser und Lebensmitteln einzudecken**

Der französische Botschafter in Kiew, Etienne de Poncins, forderte seine Landsleute in der Ukraine auf, sich wegen der angespannten Lage mit Lebensmitteln, Wasser und warmer Kleidung einzudecken, gab aber keine Empfehlung ab, das Land zu verlassen.

„Die vergangenen Tage haben nicht zu der erwarteten Deeskalation geführt, an der unsere Behörden unermüdlich arbeiten.

Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, unsere Reisehinweise zu aktualisieren. Wir raten französischen Reisenden jetzt, „alle Reisen in die Ukraine“ (und nicht nur ‚nicht unbedingt notwendige Reisen‘) zu verschieben“, sagte der Botschafter in einer am Sonntag veröffentlichten Erklärung.

Er forderte die Franzosen auf, äußerst wachsam zu sein, und riet ihnen, alle persönlichen Dokumente bereitzuhalten.

„Wir empfehlen Ihnen auch, aus praktischen Gründen Wasser, Essen und warme Kleidung vorzubereiten sowie sicherzustellen, dass der Tank Ihres Autos voll ist, oder sogar ein paar zusätzliche Vorräte mitzunehmen“, sagte de Poncins.

Gleichzeitig stellte der Diplomat fest, dass Frankreich den in der Ukraine lebenden Landsleuten derzeit keine Empfehlungen zur Ausreise ausspricht.

Kiew und westliche Staaten haben kürzlich ihre Besorgnis über die angebliche Zunahme „aggressiver Aktionen“ Russlands nahe der ukrainischen Grenze zum Ausdruck gebracht.

Moskau hat solche Anschuldigungen wiederholt zurückgewiesen und erklärt, dass es niemanden bedrohe und nicht beabsichtige, jemanden anzugreifen, und Behauptungen über eine „russische Aggression“ würden als Vorwand benutzt, um mehr NATO-Militärausrüstung in der Nähe der russischen Grenzen zu stationieren.

Das russische Außenministerium stellte zuvor fest, dass westliche Äußerungen über die „russische Aggression“ und die Möglichkeit, Kiew zu helfen, sich dagegen zu verteidigen, sowohl lächerlich als auch gefährlich seien.

Der Pressesprecher des Präsidenten der Russischen Föderation, Dmitri Peskow, sagte, dass Russland Truppen innerhalb seines Territoriums und nach eigenem Ermessen verlegt. Ihm zufolge bedrohe das niemanden und sollte niemanden beunruhigen.



https://rusvesna.su/sites/default/files/styles/orign_wm/public/armiya_rossii_17.jpg

vormittags:

de.rt.com: **Russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa darf bei Olympischen Spielen weiter antreten**

Die russische Eiskunstläuferin Kamila Walijewa darf an den Olympischen Winterspielen in Peking weiter teilnehmen. Das Sportgericht (CAS) lehnte die Forderung nach einer Sperre gegen die 15-jährige Sportlerin ab. Hintergrund war eine positive Dopingprobe vom Dezember.

Die Entscheidung gegen eine Sperre Walijewas erging nur einen Tag vor dem Eiskunstlauf-Einzelwettbewerb der Frauen in Peking, bei dem die 15-Jährige als Goldmedaillenfavoritin gilt und nun antreten darf. Bei der Bekanntgabe der Entscheidung berief sich das CAS auf Walijewas Status als "geschützte Person", den sie gemäß dem Code der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA) innehat.

Außerdem stellte das CAS fest, dass Walijewa in Peking nicht positiv getestet worden sei und dass die Verhängung einer Sperre gegen sie bei den Spielen "unter diesen Umständen einen nicht wiedergutzumachenden Schaden verursachen würde".

Unter Bezugnahme auf die Tatsache, dass Walijewas Ergebnis der Dopingprobe vom 25. Dezember erst am 8. Februar mitgeteilt wurde, nachdem sie in Peking im Mannschaftswettbewerb angetreten war und Gold gewonnen hatte, erklärte das CAS, dass es "ernsthafte Probleme" in Bezug auf eine "verfrühte Mitteilung" des Ergebnisses gegeben habe, die Walijewas Fähigkeit behindert hätten, sich rechtlich zu verteidigen.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6209f265b480cc2418157fea.jpg>

snanews.de: „**Entschlossenheit der Union 2022**“: **Russland und Belarus üben gemeinsame Luftpatrouillen an Grenze**

Im Rahmen der gemeinsamen russisch-belarussischen Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ haben Piloten der Luftstreitkräfte der beiden Länder die Grenze des Unionsstaates patrouilliert. Dies geht aus einer Mitteilung des russischen Verteidigungsministeriums hervor. „Die Besatzungen von Su-30SM-Kampfflugzeugen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte und der Luftwaffe der Republik Belarus haben im Rahmen der gemeinsamen Übung ‚Entschlossenheit der Union 2022‘ die Aufgaben der gemeinsamen Patrouille an der Staatsgrenze des Unionsstaates absolviert“, heißt es in der Mitteilung. Die Piloten sollen sowohl Paar- als auch Einzelflüge unter schwierigen Wetterbedingungen durchgeführt haben. Bei den Übungen sei auch das Zusammenwirken der Besatzungen aus den beiden Ländern trainiert worden.

Die gemeinsame belarussisch-russische Übung „Entschlossenheit der Union 2022“ findet vom 10. bis 20. Februar statt. Im Rahmen des Militärmanövers sollen die Unterbindung und Abwehr von Aggression von außen sowie die Bekämpfung des Terrorismus und der Schutz der Interessen des Unionsstaates geübt werden. Die beiden Staaten haben wiederholt erklärt, dass die Übungen einen defensiven Charakter haben und niemanden bedrohen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/07/5264003_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_e4a6c788ac4d85f6c12d700bb632c8b1.jpg

Telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 13. Februar 2022 wurde keine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine festgestellt.

de.rt.com: **Medienberichte: Oligarchen fliehen aus der Ukraine**

Eine ukrainische Zeitung berichtet, dass mehrere reiche Ukrainer das Land aus Angst vor einer vermeintlichen Invasion verlassen haben. Einige wiesen die Berichte als Falschmeldungen zurück. Ein Geschäftsmann droht sogar, das Blatt zu verklagen.

Berichten lokaler Medien zufolge ist der Exodus der wohlhabendsten Ukrainer einschließlich der sogenannten "Oligarchen" aus dem Land in vollem Gange. In einem von der Zeitung Ukrainska Prawda am Sonntag veröffentlichten Bericht heißt es, dass allein an diesem Tag "etwa 20 Charterflugzeuge und Privatjets" aus Kiew abgeflogen seien.

Zudem stellte die Zeitung fest, dass eines der Privatflugzeuge, die am Sonntag beim Verlassen des ukrainischen Luftraums gesichtet wurden, angeblich Rinat Achmetow, dem reichsten Mann der Ukraine gehört, dessen Nettovermögen laut Forbes auf etwa 7,1 Milliarden US-Dollar geschätzt wird. Das Blatt wies jedoch darauf hin, dass der Milliardär selbst das Land bereits am 30. Januar verlassen habe. Wiktor Pintschuk, Stahlmagnat und zweitreichster Mann

der Ukraine, soll das Land Berichten zufolge bereits Ende vergangenen Monats verlassen haben.

Unter denjenigen, die in den vergangenen Tagen aus der Ukraine "geflohen" sein sollen, nennt die Ukrajinska Prawda den prominenten Politiker und Geschäftsmann Wadim Nowinski mit einem geschätzten Nettovermögen von 1,3 Milliarden US-Dollar, den neuntreichsten Mann der Ukraine Aleksandr Jaroslawski, den ehemaligen Abgeordneten der Werchowna Rada und Geschäftsmann Wadim Stolar sowie mehrere hochrangige Persönlichkeiten, von denen viele auf der Liste der 100 reichsten Menschen des Magazins Forbes Ukraine stehen.

Berichten zufolge versuchen auch einige Senatoren, die Ukraine zu verlassen. Die Zeitung berichtet unter Berufung auf Quellen, dass ein Vertreter der EU-skeptischen Oppositionspartei "Plattform – Für das Leben" sowie der Geschäftsmann Igor Abramowitsch einen Privatjet für 50 Personen gebucht haben sollen, um nach Wien auszufliegen.

Einige der in dem Bericht genannten Personen, die aus der Ukraine "geflohen" sein sollen, haben diese Behauptung jedoch bereits zurückgewiesen. So bezeichnete Boris Kolesnikow, Geschäftsmann und Vorsitzender der Partei "Unser Haus – Ukraine", den Bericht als "Fake News". Dem Blatt zufolge soll er das Land am Sonntag verlassen haben. Auf Facebook schrieb er:

"Das betrügerische und gewohnheitsmäßig manipulative Blatt lügt wie immer. Ich bin in Kiew und werde bis zum 1. März (dem Champions-League-Finale, das in der Schweiz stattfindet) nirgendwo hingehen."

Kolesnikow will die Zeitung zu verklagen.

Ein Sprecher des Geschäftsmannes Andrei Stawnizer erklärte dem Online-Portal Cenzor.net, Stawnizer habe die Ukraine am Sonntag zwar tatsächlich verlassen, sei aber auf einer Geschäftsreise in Dubai und werde in naher Zukunft in die Ukraine zurückkehren.

Der Bericht der Ukrajinska Prawda wurde zu einem Zeitpunkt veröffentlicht, an dem westliche Beamte und Medien wiederholt Panik über eine angeblich geplante Invasion Russlands in die Ukraine schüren, obwohl Moskau stets bestreitet, dass es derartige Pläne hegt. Die USA, das Vereinigte Königreich, Australien, Israel und mehrere weitere Länder forderten ihre Staatsangehörigen auf, die Ukraine schnellstmöglich zu verlassen und evakuierten auch den Großteil des diplomatischen Personals aus der Hauptstadt des Landes.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/6209f40bb480cc2b9731c049.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 13. Februar 3:00 Uhr bis 14. Februar 3:00 Uhr

In den letzten 24 Stunden hat die Vertretung der Donezker Volksrepublik im GZKK vier Verletzungen des unbefristeten Regimes der Feuereinstellung von Seiten der BFU mitgeteilt. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen:

Es folgt eine genaue Auflistung der eingesetzten Waffensysteme (Anm. d. Übers.).

Der Beschuss der BFU erfolgte in Richtung der Ortschaften **Alexandrowka, Leninskoje, Kominternowo.**

Die Gesamtzahl der von den BFU eingesetzten Geschosse beträgt 10.

In den vorangegangenen 24 Stunden wurde eine Verletzung des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der BFU festgestellt.

snanews.de: **Ochotskisches Meer: Russische Kriegsschiffe trainieren Artillerieschießen gegen Überwasserziele**

Kriegsschiffe der russischen Pazifikflotte haben im Rahmen des geplanten Manövers im Ochotskischen Meer Artillerieschießen gegen Überwasserziele trainiert. Dies gab das russische Verteidigungsministerium bekannt.

Demnach haben sich Einheiten der Pazifikflotte nach einer gemeinsamen Übung in taktische Schiffgruppen aufgeteilt und die erste Etappe mehrerer Seemanöver absolviert, um Schiffe des angenommenen Feindes zu zerstören.

Eine Angriffsgruppe, bestehend aus den Korvetten „Sowerschenny“ (dt. „Der Perfekte“), „Gromki“ (dt. „Der Laute“) und „Der Held der Russischen Föderation Aldar Tsydenschapow“, feuerte Artillerieschüsse auf eine Gruppe von Oberflächenzielen auf See ab, die angenommene Feindschiffe darstellten.

Die Artillerie der zweiten taktischen Gruppe, bestehend aus der Fregatte „Marschall Schaposchnikow“, dem großen U-Boot-Abwehrschiff „Admiral Pantelejew“ und einer Korvette, beschoss Meeresziele, die als Landekommando des angenommenen Feindes dienten.

Nach Angaben der Marine werden die Schiffe in den nächsten Übungseinheiten Artillerieschießen gegen Luftziele abhalten und Wasserminen räumen.

Russische Marineübungen

Gemäß dem Ausbildungsplan der russischen Streitkräfte für das Jahr 2022 wird von Januar bis Februar eine Reihe von Marineübungen in allen Verantwortungsbereichen der Flotte unter der allgemeinen Aufsicht des Oberbefehlshabers der Marine, Admiral Nikolaj Ewmenow, abgehalten.

Das Hauptziel der Manöver bestehe in der „Ausarbeitung der Maßnahmen der Marine sowie der Luft- und Raumfahrtstreitkräfte zum Schutz der nationalen Interessen Russlands im Weltozean wie auch zur Abwehr der militärischen Bedrohungen der Russischen Föderation aus See- und Ozeanrichtungen“.

Die Übungen umfassen die an russisches Territorium angrenzenden Meeresgewässer sowie operativ wichtige Gebiete des Weltozeans. Einzelne Übungen werden in den Gewässern des Mittelmeers, der Nordsee, des Ochotskischen Meeres, im nordöstlichen Teil des Atlantiks und im Pazifischen Ozean durchgeführt.

An dem Manöver sind insgesamt über 140 Kriegs- und Hilfsschiffe, mehr als 60 Flugzeuge, 1000 Einheiten militärischer Ausrüstung und etwa 10.000 Soldaten beteiligt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/02/5214770_0:0:2560:1440_1920x0_80_0_0_7c1b8eb aae29ad55e740c0bad364c31e.jpg

snanews.de: **Kreml zu Ukraine-Krise: EU soll an die eigenen Interessen denken**

Vor dem Antrittsbesuch des deutschen Bundeskanzlers Olaf Scholz in Moskau erwartet der Kreml, dass sich Europa in der aktuellen Ukraine-Krise aus dem US-Einfluss befreit und zunehmend von den eigenen Interessen leiten lässt.

Die europäischen Staaten bemühten sich energisch darum, ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu verstärken, sagte Dmitri Peskow, Pressesprecher des russischen Präsidenten Wladimir Putin. „Die Europäer versuchen verzweifelt, den außenpolitischen Stellenwert der EU in der Welt zu erhöhen“, so Peskow im SNA-Gespräch. „Doch das klappt nicht ganz. (...) Weil der Einfluss Washingtons immer noch sehr stark ist.“

Den Vereinigten Staaten warf der Kreml-Sprecher vor, ihre Partner in Europa „auf die Art eines Cowboys“ zu beeinflussen. „Sie (die USA – Anm. d. Red.) sagen es ohne Umschweife, wer was tun soll, und welche Konsequenzen es gibt, wenn jemand nicht einverstanden ist.“

Dies widerspräche aber dem Wunsch der Europäer, mehr Souveränität über ihre außenpolitischen Interessen zu erlangen. „Wir wollen hoffen, dass der gesunde Menschenverstand hier die Oberhand gewinnt, und dass die Europäer in erster Linie an unser gemeinsames Haus, an Europa denken, wo wir als Nachbarn nebeneinander leben“, betonte Peskow.

Russland aktualisiert außenpolitisches Konzept

Im Bereich der Abrüstung stellt sich der Kreml auf langwierige Verhandlungen ein. „Beim Thema Abrüstung läuft alles nicht sehr gut“, räumte Peskow ein. Die Gespräche würden vermutlich viele Jahre dauern und nicht unbedingt zu einem Ergebnis führen.

Vor diesem Hintergrund will Russland dem Kreml-Sprecher zufolge sein außenpolitisches Konzept überarbeiten und an die neuen Realitäten anpassen. Der Sicherheitsrat in Moskau habe vor einer Woche bereits über neue Eckpfeiler der Außenpolitik beraten, teilte Peksow mit. „Das Konzept wird noch unter Berücksichtigung der aktuellen Entwicklung ergänzt werden.“

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz umfassende Sicherheitsgarantien. Unter anderem verlangt Russland ein Ende der Nato-Osterweiterung und einen Verzicht auf eine mögliche Aufnahme der Ukraine in das Militärbündnis. Diplomatische Gespräche auf höchster Ebene hatten zuletzt keinen Durchbruch gebracht. In dieser Woche will der deutsche Kanzler Olaf Scholz Kiew und Moskau besuchen, um sich für eine friedliche Lösung

einzusetzen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/15/4045975_0:244:3205:2047_1920x0_80_0_0_f4ea702cec710118ee8f24b4d838368.jpg

de.rt.com: **Russischer Botschafter in Schweden: "Wir sch... auf die Sanktionen"**

Während man in Washington, D.C. rhetorisch weiter anheizt und darauf beharrt, Russland werde in dieser Woche in die Ukraine einmarschieren – obwohl dafür keinerlei Beweise vorliegen und das in Moskau wiederholt dementiert wurde, hat der russische Botschafter in Schweden wiederholt, dass die NATO-Erweiterung "die größte Bedrohung" für Moskau sei. Der russische Botschafter in Schweden nahm kein Blatt vor den Mund, als er am Sonntag die bestehenden und angedrohten Zwangsmaßnahmen des Westens scharf zurückwies. Wiktor Tatarinzew sagte der Stockholmer Tageszeitung Aftonbladet sinngemäß:
"Entschuldigen Sie meine Ausdrucksweise, aber wir scheißen auf die Sanktionen des Westens."

Die USA, Großbritannien und die Europäische Union (EU) haben Russland neue Sanktionen angedroht, falls ein Einmarsch in die Ukraine stattfinden sollte. Moskau hat stets jegliche Pläne dementiert, seinen südlichen Nachbarn anzugreifen.

Der russische Diplomat in Schweden beschuldigte die USA und die NATO, die Spannungen in Europa gezielt zu schüren. Auch Tatarinzew hob hervor:

"Die Erweiterung der NATO ist die größte Bedrohung für Russland."

Russland strebt rechtsverbindliche Zusicherungen an, dass dieser westliche Militärblock in Europa nicht weiter nach Osten expandieren wird. Dies würde auch Länder wie die Ukraine sicher davon abhalten, dem Bündnis beitreten zu können.

Die NATO hat sich jedoch jüngst erst geweigert, ihre so genannte "Politik der offenen Tür" zur Aufnahme neuer Mitglieder aufzugeben.



<https://cdn.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a132db480cc2b3923406e.jpg>

Mil-Inr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberleutnant I.M. Filiponko

Die Lage an der Kontaktlinie bleibt angespannt, unsere Aufklärung erhält weiter Informationen über vom Gegner durchgeführte **Maßnahmen zur Entfachung von Kampfhandlungen**:

In der 30. mechanisierten Brigade arbeitet eine Kommission des Stabs der operativ-taktischen Gruppierung „Nord“, um die Stationierungsgebiet der Einheiten der 92. mechanisierten Brigade, die in der nächsten Zeit aus der Oblast Charkow eintreffen wird, zu überprüfen; in der Nähe von Dmitrowka führen britische Instrukteure mit dem Personal der 79. Luftsturmgruppe praktische Schießübungen mit Antipanzerraketenkomplexen „NLAW“ durch, die Großbritannien Ende Januar dieses Jahres an die Ukraine geliefert hat; im Gebiet von Nowotoschkowskoje wurde die Anwesenheit einer kompanietaktischen Gruppe aus dem Bestand eines mechanisierten Bataillons der 17. Panzerbrigade mit 12 Schützenpanzern bemerkt, die zur Verstärkung der 57. mechanisierten Brigade eingetroffen ist;

auf dem Übungsplatz im Gebiet von Kramatorsk finden mit Einheiten der 81. Luftlandebrigade praktische Übungen zur Führung von Kampfhandlungen unter städtischen Bedingungen in der Nacht statt.

Das Kommando der ukrainischen Streitkräfte bildet auf Basis des 1129.

Abwehrraketenregiments in Belaja Zerkows außerplanmäßig eine Luftabwehreinheit, die über mobile Abwehrraketenkomplexe „Stinger“ verfügen werden. Die Mannschaften werden von Militärspezialisten aus Kanada ausgebildet.

Vor dem Hintergrund der anhaltenden Vorbereitung der bewaffneten Formationen der Ukraine auf die Entfachung von Kampfhandlungen bemerken wir eine **Verstärkung der Aktivität nationalistischer Organisationen**. Am 11. und 12. Februar fand in Charkow ein geschlossenes Treffen der Führung nationalistischer Zellen statt, an dem Vertreter des „Rechten Sektors“, von „Swoboda“, „Dostoinstwo Nazii“ und vom „Nationalen Korps“ beteiligt waren. Bei diesem Treffen wurde die Frage der Schaffung eines „geschlossenen Diversionsnetzes“ erörtert. Hauptaufgabe der Diversionsgruppen wird die Führung von geheimdienstlicher Arbeit in Zusammenarbeit mit dem SBU, die Durchführung von Sabotageaktionen an Infrastrukturobjekten und terroristische Akte sein.

Zurzeit befinden sich Ausbildungslager der Nationalisten in 13 Regionen der Ukraine, in diesen werden etwa 1000 Personen ausgebildet. Spezialisten der polnischen privaten Militärkompanie „European Security Academy“ (ESA) bilden sie in Sprengstoffwesen, Diversionen und Sabotageaktionen aus.

Außerdem ist die Ankunft von bereits von westlichen Instrukteuren ausgebildeten

Kampfgruppen von Radikalen in der sogenannten „Operation der vereinigten Kräfte“ festzustellen. Diese Einheiten quartieren sich in Häusern örtlicher Einwohner ein, die mit Gewalt vertrieben werden. Durch besondere Brutalität zeichnen sich Kämpfer des „Rechten Sektors“ aus, etwa 100 Mitglieder dieser Organisation befinden sich in Staniza Luganskaja und Stschastje. Die Einwohner dieser Ortschaften wenden sich täglich an die örtlichen Staatsorgane mit Beschwerden über Ausschreitungen von Seiten der Straftruppen. Aber ihre Eingaben werden nicht behandelt, weil die Bezirksverwaltung sich selbst unter ständigem Druck von Seiten der Nazis befindet.

Wir werden weiter den Verlauf der Vorbereitung der Ukraine auf Kampfhandlungen gegen die Volksrepubliken verfolgen und die Truppenteile der Volksmiliz auf die Abwehr einer ukrainischen Aggression im Donbass vorbereiten.

snanews.de: **Für das „schlimmste Szenario“: Ukrainischer Botschafter fordert 12.000 deutsche Panzerabwehrraketen**

Vor dem Besuch von Bundeskanzler Olaf Scholz in Kiew hat der ukrainische Botschafter in Berlin, Andrej Melnyk, erneut von Deutschland schwere Waffen gefordert. Ihm zufolge muss man auf „das schlimmste Szenario“ gefasst sein.

Bei „Bild“-TV verlangte Melnyk am Sonntag die sofortige Lieferung von 12.000 Panzerabwehrraketen, um eine mögliche russische Bodenoffensive gegen die Ukraine abwehren zu können.

„Die Lage ist schon dramatisch“, sagte er. „Worauf wir jetzt gefasst sein müssen, ist das schlimmste Szenario. Und das bedeutet eben, dass die Hauptstadt vielleicht schon in den nächsten Tagen bombardiert werden kann.“

Zuvor hat Melnyk deutlich gemacht, dass sein Land nicht ruhen werde, „die Bundesregierung und die Opposition zu überzeugen, Defensivwaffen in die Ukraine zu liefern“.

Mitte Januar äußerte der ukrainische Botschafter die „Enttäuschung der Menschen in der Ukraine“ über die Entscheidung Deutschlands, keine Waffen zur Landesverteidigung an die Ukraine zu liefern. „Nun ist der Moment der Wahrheit gekommen, wer der echte Freund ist“, sagte Melnyk in einem Interview mit der Deutschen Presse-Agentur. Er appellierte an die deutsche Regierung und persönlich an Außenministerin Baerbock, der Ukraine mit notwendigen Defensivwaffen dringend unter die Arme zu greifen.

Am Montag reist Bundeskanzler Olaf Scholz nach Kiew, um Präsident Wladimir Selenski zu treffen. Am Dienstag wird er vom russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau empfangen.

Deutschland gegen Lieferung von letalen Waffen an Ukraine

Die Bundesregierung wiederum hat mehrfach Forderungen der Ukraine nach Waffenlieferungen abgelehnt. Die Position sei, „dass keine letalen Waffen geliefert werden“. Diese Ablehnung gelte auch für Defensivwaffen, falls diese „letal“ eingesetzt werden könnten, begründete Regierungssprecher Steffen Hebestreit.

Auch Außenministerin Annalena Baerbock hat die Forderung bei ihrem Besuch in Kiew zurückgewiesen. Die Haltung zu Waffenlieferungen und für eine restriktive Rüstungsexportpolitik sei unter anderem in der deutschen Geschichte begründet. Zuletzt hat Verteidigungsministerin Christine Lambrecht der Ukraine 5000 Schutzhelme zugesagt.

Vor Scholz' Reise in die Ukraine hat die Bundesregierung am Sonntag allerdings Rüstungsgüter für das Land in Aussicht gestellt – „unterhalb der Schwelle tödlicher Waffen“. Auf der von der Ukraine vorgelegten Wunschliste für militärische Ausrüstung sei „das eine oder andere (...), was man sich genauer anschauen kann“, hieß es aus deutschen Regierungskreisen.

Es gehe dabei neben der politischen Entscheidung auch um die tatsächliche Verfügbarkeit dieses Materials, das von der Bundeswehr auch selbst gebraucht würde. Beim Antrittsbesuch des Kanzlers am Montag in Kiew sei noch keine Zusage zu erwarten.

Anders sieht es mit weiterer Wirtschaftshilfe aus, die die Ukraine ebenfalls von Deutschland erwartet. In den Regierungskreisen wurde angedeutet, dass es an dieser Stelle am Montag konkrete Zusagen geben könnte. Einzelheiten wurden aber noch nicht genannt.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/01/15/5082100_0:104:2000:1229_1920x0_80_0_0_3c4fc626861db5c4f5fde880bc2e93a0.jpg

de.rt.com: **Ukrainischer Botschafter in London: Würden Aufgabe des NATO-Beitritts in Betracht ziehen**

Der ukrainische Botschafter in Großbritannien hat eingeräumt, dass Kiew die angestrebte NATO-Mitgliedschaft aufgeben könnte. Außerdem fordert die Ukraine eine umgehende Sitzung der Mitgliedsstaaten des Wiener Dokuments.

Wadim Pristaiko, der Botschafter der Ukraine im Vereinigten Königreich, hat erklärt, dass die Ukraine möglicherweise ihren Wunsch nach einem NATO-Beitritt aufgeben könnte, um "einen Krieg zu vermeiden". Dies gab er bei einem Interview für BBC Radio am Sonntag bekannt. Auf die Frage des Moderators, ob die Kiewer Regierungs- und Sicherheitsbehörden erwägen würden, das Ziel des immerhin in der ukrainischen Verfassung verankerten NATO-Beitritts aufzugeben, antwortete er:

"Wir sind flexibel bei unserem Versuch, den besten Weg zur Lösung des Problems zu finden. Wenn wir ernsthafte Zugeständnisse machen müssen, dann könnten wir auch das tun."

Etwas später im Interview fühlte der Botschafter allerdings die Notwendigkeit, seine Aussage etwas zu präzisieren – um genauer zu sein, deutlich zurückzurudern. Auf die Frage, ob ein Angebot gemäß dieser Aussage nicht am besten noch vor Mittwoch, den 16. Februar 2022, zu unterbreiten sei – dieses Datum hat der kollektive Westen jüngst für einen, wie es seit Monaten heißt, unmittelbar bevorstehenden Einfall Russlands in die Ukraine jüngst aktualisiert – antwortete Pristaiko:

"Nein, dass wir es tun werden, glaube ich nicht. Sie haben ja gefragt, ob wir die Möglichkeit in Betracht ziehen. Ich glaube nicht, dass wir das tun werden. Nicht weil wir dumm und stur sind. Der Unterschied liegt darin, was ich ihnen sagte: Wir wissen nicht, was wir werden opfern müssen."

Ebenfalls am 13. Februar hat Kiew ein Treffen der Unterzeichnerstaaten des Wiener Dokuments von 2011 über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen gefordert, zu denen auch Russland gehört. Dies gab der ukrainische Außenminister Dmitri Kuleba bekannt, nachdem die zweitägige Frist des Ultimatums der Ukraine an Russland, gemäß dem Wiener Dokument der OSZE vom Jahr 2011 Klarstellungen zu Russlands militärischen Aktivitäten in den, wie es hieß, "Grenzzonen" zur Ukraine zu machen, verstrichen war: "Russland hat auf unsere Anfrage gemäß dem Wiener Dokument nicht geantwortet. Wir gehen jetzt den nächsten Schritt. Die Ukraine beruft innerhalb der nächsten 48 Stunden ein Treffen mit der

Russischen Föderation und allen teilnehmenden Staaten ein, um die Verstärkung und Bewegung der Truppen der Russischen Föderation entlang unserer Grenze und auf der vorübergehend besetzten Krim zu erörtern. Wenn Russland es mit seinen Worten über die Unteilbarkeit der Sicherheit im OSZE-Raum ernst meint, muss es seine Verpflichtungen zur militärischen Transparenz einhalten."

Laut der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti, die auf eine anonyme Quelle im russischen Außenministerium verweist, habe man dort am 11. Februar über OSZE-Kanäle ein Ersuchen Kiews an Moskau erhalten, Informationen über militärische Aktivitäten in den betroffenen Gebieten und die Anzahl der russischen Militärangehörigen dort innerhalb von 48 Stunden bereitzustellen.

Allerdings betonte der Gesprächspartner der Agentur, dass Moskau dieses Ersuchen Kiews nicht für gerechtfertigt halte. Vielmehr sei das Ersuchen ein Manöver, um von den eigenen "ungewöhnlichen militärischen Aktivitäten" abzulenken und nicht zuletzt auch vom Beschuss der im Donezbecken gelegenen Volksrepubliken Donezk und Lugansk.

Das Wiener OSZE-Dokument von 2011 zielt auf die Stärkung der Sicherheit und des Vertrauens zwischen den Ländern ab. Im Rahmen dieser Abkommen tauschen die Staaten jährlich Informationen über ihre Streitkräfte und wichtigsten Waffensysteme, Verteidigungsplanung und Militärhaushalte aus. Das Dokument sieht Konsultationen über "ungewöhnliche militärische Aktivitäten" und gefährliche Zwischenfälle vor.

In den vergangenen Monaten beschuldigten die USA und weitere NATO-Staaten Moskau wiederholt, eine "Invasion" in die Ukraine vorzubereiten. Nicht zuletzt soll US-Präsident Joe Biden Medienberichten zufolge den europäischen Staats- und Regierungschefs mitgeteilt haben, dass Russland den Nachbarstaat am 16. Februar "angreifen" werde.

Der Kreml und das Außenministerium wiesen und weisen alle derartigen Beschuldigungen zurück und betonen, dass Russland nicht in den innerukrainischen Konflikt verwickelt ist und im Gegensatz zu Kiew, das sich nicht an die Minsker Vereinbarungen hält, keinerlei Vereinbarungen verletzt.

Die ukrainischen Behörden haben etwa die Hälfte der Streitkräfte des Landes an der Grenze zu den selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk zusammengezogen. Noch vor dieser Entwicklung beschloss die ukrainische Armee die Milizen sowie Wohngebiete der Republiken regelmäßig und setzt dies auch jetzt fort. Unter anderem mit Waffensystemen, deren Dislozierung und Einsatz im Konfliktgebiet verboten wurde, darunter auch von westlichen Ländern gelieferte.

Kanada, die Vereinigten Staaten, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Polen, die Türkei, Litauen, die Tschechische Republik sowie Bulgarien, Rumänien und Estland sind an entgeltlichen und unentgeltlichen Waffenlieferungen im Wert von mehreren Milliarden US-Dollar beteiligt. Darüber hinaus treffen weiterhin immer mehr ausländische Militärausbilder in der Ukraine ein.

Moskau hat den Westen wiederholt aufgefordert, keine Waffen mehr an die Ukraine zu liefern, da dies Kiew zu militärischen Abenteuern anstacheln könnte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a29c9b480cc0519692ad2.jpg>

nachmittags:

de.rt.com: **Kremlsprecher Peskow: Beziehungen zwischen USA und Russland "praktisch am Boden"**

Die Beziehungen zwischen den USA und Russland befinden sich "auf einem sehr niedrigen Punkt", so der Kreml. Dennoch liege der Vorteil in der Zusammenarbeit mit der jetzigen US-Regierung in bestimmten Dialogkanälen. Vor einigen Jahren seien die Kontakte auf dem Nullpunkt gewesen.

Dmitri Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, sagte in einem Interview mit der Nachrichtenagentur RIA Nowosti, dass bestimmte Dialogkanäle ein Vorteil für die Zusammenarbeit mit der derzeitigen US-Regierung seien. Dies sei besser als nichts, da es noch vor ein paar Jahren gar keine Kontakte gegeben habe. Ansonsten konnte Peskow jedoch nichts Positives in den bilateralen Beziehungen hervorheben. "Wir sind an einem sehr, sehr niedrigen Punkt. Die Beziehungen sind tatsächlich am Boden", bemängelte er am Montag. Dabei erwähnte der Kremlsprecher, dass Moskau an einer Zusammenarbeit mit allen Ländern interessiert sei, einschließlich der USA und Europas. Man könne aber niemanden zur Gegenseitigkeit zwingen, deshalb suche Russland nach Möglichkeiten, die Zusammenarbeit dort auszubauen, wo dies gewünscht sei, sagte Peskow. Dies sei "eine absolut normale Praxis, wenn der Mangel an Kommunikation auf einer Flanke durch Kommunikation auf einer anderen Flanke kompensiert wird".

Im selben Interview sprach Peskow über die Beziehungen Russlands zum Westen und sagte, er würde es sehr begrüßen, wenn das Wort "Krieg" aus dem alltäglichen Vokabular gestrichen würde. "Ich würde es mir sehr wünschen, wenn das passiert", sagte er.

Am 12. Februar hatten der russische Präsident Wladimir Putin und US-Präsident Joe Biden miteinander telefoniert. Das Gespräch dauerte über eine Stunde, dabei ging es vor allem um die angespannte Lage um die Ukraine. Der Dialog sei "ziemlich ausgewogen und sachlich" gewesen, resümierte der außenpolitische Berater Putins Juri Uschakow. Am Vortag hatten auch der russische Außenminister Sergei Lawrow und US-Außenminister Anthony Blinken miteinander gesprochen. Lawrow warf den USA und ihren Verbündeten provokative Handlungen vor, die Kiew zu einer gewaltsamen Konfliktlösung in der Ostukraine drängten. Blinken warnte seinerseits vor einer "massiven und vereinten transatlantischen Reaktion", falls Russland in die Ukraine einmarschieren sollte.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a24bfb480cc04d02beeda.jpg>

deu.belta.by: **Lukaschenko: Was die ukrainische Staatsführung gegen Belarus tut ist unglaublich**

Es ist unglaublich, was die ukrainische Staatsführung gegen Belarus tut. Das sagte der belarussische Präsident Alexander Lukaschenko heute bei einem Treffen mit dem ukrainischen Politiker und Staatsmann Alexander Moros.

„Es entzieht sich jeglicher Analyse und Vernunft, was Ihre Regierung gegen Belarus unternimmt“, sagte Alexander Lukaschenko.

Zuletzt hat die Ukraine beschlossen, auf belarussische Kalidüngerimporte zu verzichten und sie durch die amerikanischen Importe zu ersetzen. Die USA lehnten dies jedoch ab, da sie selbst Kali hauptsächlich aus Kanada einführen. „Sie wollen Kalidünger aus den USA einführen, das ist unglaublich. Wie hoch soll der Endpreis denn sein? Können Sie sich vorstellen, was es kostet, Kali zu fördern, zu verarbeiten, mit der Eisenbahn zu transportieren, in den Häfen zu verladen, zu verschiffen, Tausende von Kilometern, hier wieder umzuladen, mit der Eisenbahn zu transportieren, bis es bei den Bauern ankommt... Das ist ein immenser Kostenaufwand. Warum tun Sie das in dieser Situation“, zeigte sich der Staatschef erstaunt. Belarus sei doch immer bereit, dem Nachbarstaat Ukraine zu helfen, sagte Alexander Lukaschenko. Vor einigen Wochen hat Belarus zusätzlichen Strom an die Ukraine geliefert, weil die Behörden in der Ukraine darum gebeten haben.

Auch die Entscheidung, den ukrainischen Luftraum für belarussische Flugzeuge zu sperren, sei ein Beispiel dafür, wie strohdumm die Politik sein könne, bemerkte der Staatschef.

„Warum hat die Ukraine alles kaputt gemacht?“, fragte er erneut.

Alexander Lukaschenko sagte, er habe in den letzten Jahren viel dafür getan, um einen Dialog zwischen der ukrainischen und russischen Staatsführung zu vermitteln und den Konflikt beizulegen. „Wir haben Einigungen erzielt. Poroschenko willigte ein. Dann aber kam ein ‚Nein‘ aus den den USA, und Poroschenko war nicht mehr ansprechbar. Wir hätten längst Frieden gehabt auf Donbass. Putin hat versprochen, den Wiederaufbau von Donbass zu finanzieren. Die Menschen dort könnten heute ein ruhiges Leben führen. Was war das für eine Politik?“, fragte er.

Alexander Moros bestätigte, dass es nicht die Ukraine war, die eine solche Politik durchführte. Die Ukraine habe nur den fremden Willen ausgeführt.

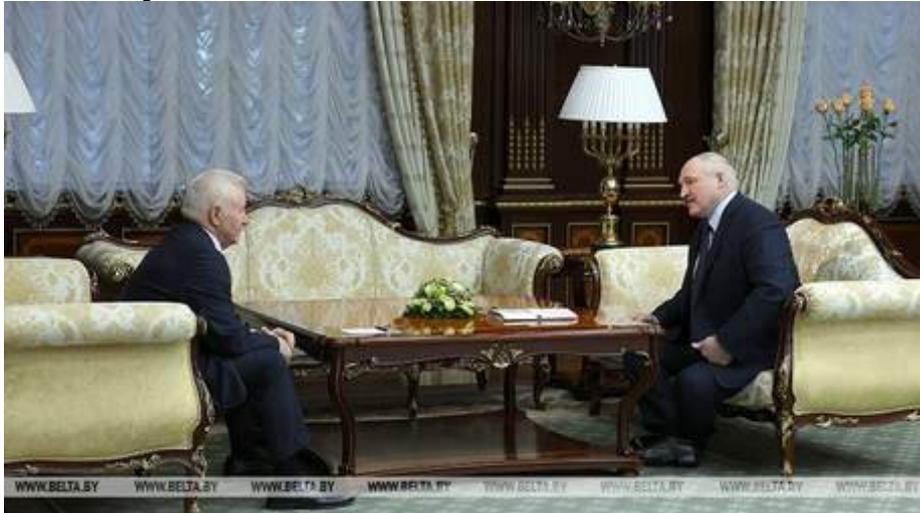
„Das meine ich auch“, resümierte der Staatsoberhaupt.

Alexander Moros

Zu Zeiten der Sowjetunion bekleidete Alexander Moros eine Reihe von Ämtern in den sowjetischen Parteiorganen in der Ukraine; er war Sekretär des regionalen Gewerkschaftsbundes in Kiew, Leiter der Agrarabteilung des Kiewer Regionalkomitees der

Kommunistischen Partei der Ukraine und Erster Sekretär des Parteikomitees der regionalen Organisationen und Institutionen.

Von 1990 bis 2007 war er Volksabgeordneter der Werchowna Rada der Ukraine. Er war Vorsitzender der Werchowna Rada der II. und V. Legislaturperioden. Mehrere Jahre lang stand er an der Spitze der Sozialistischen Partei der Ukraine.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000019_1644836201_59783_big.jpg

deu.belta.by: **Ukrainischer Politiker Moros: Es gibt keine Voraussetzungen für einen Krieg**

Der bekannte ukrainische Politiker und Staatsmann Alexander Moros ist überzeugt, dass es keine Voraussetzungen für einen Krieg gebe. Das sagte er heute vor Journalisten nach einem Treffen mit dem belarussischen Präsidenten Alexander Lukaschenko in Minsk.

"Dass die Menschen über die Situation besorgt sind, ist unbestreitbar. Im Vergleich zu einem Durchschnittsmenschen sind sie immer über die Gefahr von Krieg und dergleichen besorgt. Die meisten Menschen sind jedoch absolut gleichgültig gegenüber dem, was geschieht, weil sie verstehen, dass es keine Voraussetzungen gibt und keine Notwendigkeit für so etwas besteht", so Alexander Moros.

Er bezog sich dabei insbesondere auf die belarussisch-russische Militärübung, die auf internationaler Ebene eine Debatte auslöst. "Der Moskauer Minister Lawrow sagt: Das ist unsere Sache, wir führen Übung in unserem Gebiet durch. Er hat recht", sagte der ukrainische Politiker.

Was die mögliche Osterweiterung der NATO anbetrifft, so betonte Alexander Moros, dass er seit 30 Jahren kategorisch dagegen sei, da dies die geopolitische Lage in der Welt verändere. "Wir müssen verhandeln, diskutieren und überlegen, wie wir eine Konfrontation vermeiden können", sagte Alexander Moros.

Er merkte an, dass die Ukrainer die Entwicklung von Belarus überwiegend sehr positiv beurteilen. "Das bestätigen unsere Bürger, die nach Belarus umgezogen sind, und das sind über 200 Tausend Menschen. Das ist ein Merkmal der Beziehungen und der Bewertung dessen, was geschieht", unterstrich der Politiker.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1644837495_59784_big.jpg

Armiyadnr.su: **Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR am 14.02.2022**

In den letzten 24 Stunden wurden **vier Verletzungen des Regimes der Feueinstellung** von Seiten der ukrainischen Kämpfer festgestellt.

In **Richtung Donezk** haben Kämpfer der 54. mechanisierten Brigade von den Positionen im Gebiet von Marjinka aus **Alexandrowka** mit Schusswaffen beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 36. Marineinfanteriebrigade von den Positionen im Gebiet von Wodjanoje aus **Leninskoje** mit Mörsern des Kalibers 120m, Antipanzergranatwerfern und Schusswaffen beschossen.

Außerdem haben Kämpfer der 36. Brigade von den Positionen in Talakowa aus **Kominternowo** mit Mörsern des Kalibers 120mm beschossen und drei Mörsergeschosse abgefeuert.

Seit Beginn des heutigen Tages haben die ukrainischen Kämpfer **einmal das Regime der Feueinstellung verletzt**.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 95. Brigade **Sajzewo (jushnoje)** mit Mörsern des Kalibers 82mm beschossen.

Es wurde entdeckt, dass in Verletzung des dritten Punkts der Zusatzmaßnahmen zwei Abwehrgeschütze SU-23 aus dem Bestand der 53. mechanisierten Brigade in Chlebdarowka stationiert sind.

Die geringen moralischen und fachlichen Qualitäten der ukrainischen Kämpfer und das Fehlen von Kontrolle von Seiten des Kommandos haben zu einer weiteren **Tragödie in der Zone der Strafoperation** geführt.

So haben am 13. Februar zwei Kämpfer der 53. Brigade unter Nutzung der rechtswidrigen Abwesenheit des Kommandeurs der Einheit eigenmächtig die Positionen verlassen und ihre Pistolen vom Typ Makarow mitgenommen. Die Strafsoldaten begaben sich in das Café „Kirpitsch“ in Granitnoje. Als sie müßig Zeit mit dem trinken starker alkoholischer Getränke verbrachten, erlaubten es sich die Kiewer Kämpfer, sich unangemessen zu äußern und andere Besucher der Einrichtung zu beleidigen und sie des „Separatismus“ und des „Hasses auf die Ukraine“ zu beschuldigen. Mitarbeiter des Cafés und Besucher versuchten, die betrunkenen Soldaten zu beruhigen und brachten einiges gegenüber ihnen vor, was zu einem Wortgefecht und einem Konflikt führte. Danach verließen die Kiewer Kämpfer das Café, wie sich herausstellte mit kriminellen Absichten. Auf der Straße am Café „Kirpitsch“ warteten sie bis ihre Gegner zum Rauchen herauskamen, eröffnen das Feuer mit Pistolen auf sie und flohen dann vom Ort des Verbrechens. Infolge der Handlungen der Kämpfer starb der 46 Jahre alte Bürger Rudnizkij an Ort und Stelle, drei weitere Besucher erlitten ernsthafte

Schussverletzungen im Bereich der Leiste, an Bein und Schulter. Einer der Verletzten starb später im Krankenhaus, vermutlich war er ein Soldat der Nationalgarde der Ukraine, der sich auch in dieser Einrichtung erholte.

Wir verfügen über Informationen, dass die vom Ort des Verbrechens geflohenen Kämpfer neben den Schüssen auf Besucher des Cafés „Kirpitsch“ auch auf einen zivilen Einwohner von Tschermalyk geschossen haben, der sich am Ufer des Flusses befand.

Inzwischen wurden die Mörder festgenommen, es wurde festgestellt, dass an einer der Pistolen die Registrierungsnummer entfernt wurde, was davon zeugt, dass diese Waffe nicht erfasst ist und für die rechtswidrige Ausfuhr aus der OOS-Zone vorgesehen war, möglicherweise zum weiteren Verkauf auf dem Territorium der Ukraine.

Das ukrainische Kommando ist bestrebt, diesen Vorfall nicht an die Öffentlichkeit kommen zu lassen, eine Ermittlung ohne Beteiligung der Massenmedien durchzuführen. Wir merken an, dass Konflikte der Kiewer Kämpfer mit der örtlichen Bevölkerung im Donbass regelmäßig auftreten. Die ukrainischen Straftruppen fühlen ihre Straflosigkeit, bedrohen Bürger und schüchtern sie ein.

Wir unsererseits rufen die internationalen Beobachter sowie die Rechtsschutzorganisationen auf, den Fall von Kriegsverbrechen der bewaffneten Formationen der Ukraine in Granitnoje zu registrieren. Entsprechend der Genfer Konvention über den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegszeiten meinen wir, dass die Verbrecher dem Internationalen Strafgerichtshof übergeben werden müssen, außerdem darf auch das Kommando der Mörder, darunter der Kommandeur der 53. Brigade Tischtschenko, nicht der Verantwortung entgehen, weil der Kommandeur entsprechend dem internationalen Rechts die Verantwortung für die Verletzung von Konventionen durch Untergebene trägt, weil er nicht die notwendigen Maßnahmen für deren Verhinderung unternommen hat.

de.rt.com: **Chinesische Forscher: USA brauchen Ukraine-Konflikt, um Europas Wirtschaft zu schaden**

Die USA haben laut chinesischen Experten ein Interesse daran, den Konflikt um die Ukraine zu verlängern. Dadurch sei es Washington möglich, eine Kapitalflucht aus Europa Richtung USA zu bewirken, die zur Lösung des US-amerikanischen Inflationsproblems beitragen könnte.

Washington müsse die Spannungen im Ukraine-Konflikt weiterhin auf einem hohen Niveau halten, obwohl Russland gar nicht beabsichtige, in dem Land einzumarschieren. Aus diesem Grund blieben einige westliche Staaten auch weiterhin beharrlich bei ihren Behauptungen. Das haben chinesische Analysten am Sonntag erklärt, wie die chinesische Zeitung Global Times vermeldete.

Der Vorwurf, Russland plane eine Invasion, nütze den Vereinigten Staaten auf unterschiedlichen Gebieten. Erstens könne Washington so seine Truppenpräsenz in Europa durch die Dämonisierung Russlands und die Verschlechterung der Beziehungen zwischen Moskau und der Europäischen Union legitimieren. Dadurch erhöhten sich die Unsicherheiten und der Schaden für die Wirtschaft der Eurozone, was wiederum zu einer Kapitalflucht aus Europa Richtung USA führen werde. Derartige finanzielle Verschiebungen würde den USA helfen, ihr Inflationsproblem in den Griff zu bekommen, so die Analysten.

Aus diesen Beweggründen versuche Washington, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die erhöhten Spannungen am Laufen zu halten. Zu diesem Zweck verbreite die US-Regierung Desinformationen und verstärke ihre militärische Präsenz in der Ukraine, obwohl das Russland provoziere. Washington sei sogar bereit, die Sicherheit der Ukraine für seine eigene Strategie zu opfern.

Im Falle eines offenen Konflikts habe Washington am wenigsten zu verlieren. Die USA könnten sogar von einer solchen Entwicklung profitieren – im Gegensatz zu Moskau, Kiew, Paris oder anderen beteiligten Regierungen. Daher seien es die Vereinigten Staaten, die einen

Konflikt begrüßen würden.

Jin Canrong, ein führender Forscher der Schule für Internationale Studien der Renmin-Universität Peking, erklärte:

"Es ist völlig unnötig, dass Russland zum jetzigen Zeitpunkt in die Ukraine einmarschiert. Es sei denn, die Ukraine startet zuerst Angriffe auf die Krim oder die ostukrainischen Regionen. Aber Washington gibt sich weiterhin große Mühe, die Informationen über eine 'russische Invasion' in den letzten Monaten zu verbreiten, auch wenn diese Informationen sehr unrealistisch klingen und der Situation schaden. Die USA tun dies also aus ihren eigenen Gründen."

Mehrere westliche Regierungen hatten Druck auf China ausgeübt, sich im Konflikt auf die Seite der westlichen Staaten zu schlagen. Darauf antwortete der chinesische UN-Botschafter über Twitter:

"Unsere Botschaft ist einheitlich und klar: Lösen Sie alle Differenzen durch Diplomatie. Hören Sie auf, die Spannungen zu verschärfen. Die legitimen Sicherheitsbedenken Russlands sollten ernsthaft angegangen werden."

Yang Jin, ein Forscher am Institut für Russische, Osteuropäische und Zentralasiatische Studien an der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, erklärte, dass China kein Hauptakteur bei dem Konflikt sei. Peking könne zwar dazu beitragen, dass der Konflikt zum UN-Sicherheitsrat gebracht und dort gelöst wird. Aber die USA und die NATO hätten offenbar kein Interesse an einer solchen Lösung im Rahmen des UN-Systems. Es sei vonseiten der westlichen Staaten also unvernünftig zu erwarten, dass sich China in den Konflikt einmischen werde.



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a31f0b480cc7df5186f02.jpg>

deu.belta.by: **Außenministerium von Belarus veröffentlicht außenpolitischen Bericht 2021**

Ein Bericht über die Außenpolitik von Belarus und den Aktivitäten des Außenministeriums im Jahr 2021 wurde heute auf der Website des Außenministeriums veröffentlicht, teilt BELTA mit.

Die weitere Verschärfung der geopolitischen und geoökonomischen Widersprüche im globalen und regionalen Kontext und die zunehmende Destabilisierung der internationalen Sicherheit wirkten sich unmittelbar auf die Gestaltung und Umsetzung der belarussischen Außenpolitik im vergangenen Jahr aus, heißt es im Dokument.

"Der verstärkte Einsatz einseitiger restriktiver Maßnahmen und des wirtschaftlichen Drucks durch einige Länder, um ihre Ziele zu erreichen, hat die Turbulenzen in den zwischenstaatlichen Beziehungen verstärkt und zusätzliche Hindernisse für den Welthandel und die Erholung nach der COVID-19-Pandemie geschaffen, die die internationalen Prozesse weiterhin beeinträchtigt", heißt es im Bericht.

„Vor dem Hintergrund des wachsenden Drucks von außen und der unverhohlenen Einmischung der westlichen Länder in die inneren Angelegenheiten von Belarus zielten die Hauptanstrengungen unseres Landes auf der internationalen Bühne im Jahr 2021 darauf ab, die nationale Souveränität und Sicherheit zu schützen und zu stärken, die Prioritäten der Außenpolitik und der außenwirtschaftlichen Aktivitäten zu überdenken und dabei das Prinzip der Mehrvektorphilosophie zu beibehalten“, wurde von den Autoren des Berichts betont. Insbesondere wurde die Zusammenarbeit im Rahmen des Unionsstaates mit Russland als strategischem Verbündeten sowie innerhalb der EAWU und GUS sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Basis verstärkt, auch im Rahmen der belarussischen Präsidentschaft in der GUS. Die Arbeit am "weiten Bogen" wurde intensiviert, wobei der Vertiefung des Engagements mit China als strategischem Partner Priorität eingeräumt ist. "Es wurden die notwendigen Bedingungen für die Förderung der außenwirtschaftlichen Interessen des Landes geschaffen, in deren Rahmen eine systematische Gegenmaßnahme gegen den politischen, wirtschaftlichen und informationellen Druck des Westens entwickelt wurde, um den Schaden der gegen Belarus verhängten Sanktionen zu minimieren", heißt es im Bericht.



https://deu.belta.by/images/storage/news/with_archive/2022/000020_1644839850_59785_big.jpg

snanews.de: **Russisches Staatsduma soll Gesetzentwürfe zur Anerkennung von Donezk und Lugansk prüfen – Bericht**

Der Rat der Staatsduma (Unterhaus des russischen Parlaments) soll am Dienstag zwei Gesetzentwürfe bezüglich der Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und Lugansk prüfen. Gemäß den Entwürfen soll ein entsprechendes Projekt dem russischen Präsidenten, Wladimir Putin, und dem russischen Außenministerium vorgelegt werden.

„Morgen werden zwei Resolutionen an den Rat der Duma übergeben. Eine besagt, dass es (das Projekt über die Anerkennung der Volksrepubliken) dem Präsidenten vorgelegt werden soll. Die zweite sieht vor, es zur Prüfung an das Außenministerium zu schicken, um es mit dem Minsker Prozess zu koordinieren“, sagte ein Vertreter des Ausschusses der Staatsduma für die Beziehungen zu den GUS-Staaten.

Gleichzeitig hätten Vertreter der Partei „Einiges Russland“ eine weitere Resolution eingereicht, die den Anerkennungsprozess beschleunigen soll, sagte der Vertreter des Ausschusses. Das Verfahren sehe eine Reihe von Instanzen vor, darunter die Präsidentschaft, dann das Außenministerium, dann wieder die Präsidentschaft und danach der Präsident. Es wurde vorgeschlagen, den Prozess zu beschleunigen und die Resolution sofort an das Außenministerium zu senden, so der Vertreter.

Zuvor hatte sich die Fraktion der Kommunistischen Partei Russlands in der Staatsduma an Wladimir Putin mit dem Antrag gewendet, die Anerkennung der Volksrepubliken Donezk und

Lugansk als unabhängige Staaten zu erwägen. Dies würde es ermöglichen, Verhandlungen mit den Führungen der Republiken zu führen, um eine gesetzliche Grundlage für zwischenstaatliche Beziehungen zu schaffen und alle Aspekte der Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfeleistung zu regeln.

Lage im Donbass

Die Gebiete Lugansk und Donezk werden seit fast acht Jahren nicht mehr von der Regierung in Kiew kontrolliert. Die beiden Donbass-Regionen hatten nach dem Umsturz in Kiew Anfang 2014 ihre Unabhängigkeit und sich als Volksrepubliken erklärt. Die ukrainische Regierung reagierte mit der Entsendung von Truppen. Der seitdem schwelende militärische Konflikt im Osten der Ukraine hat nach UN-Angaben mindestens 13.000 Menschen das Leben gekostet. Moskau nimmt die Lage an der Berührungslinie im Donbass als besorgniserregend wahr. Seit mehreren Monaten stellt Russland fest, dass Kiew schwere Waffen und Kräfte an der Kontaktlinie im Donbass konzentriert. Moskau schließt nicht aus, dass die ukrainische Regierung Pläne zur gewaltsamen Lösung des Konflikts im Südosten des Landes schmiedet, während die westlichen Länder darüber hinwegsehen und weiterhin Waffen an die Ukraine liefern und Militärausbilder schicken.

Darüber hinaus blockiert Kiew die Arbeit in der Minsker Kontaktgruppe, verweigert den direkten Dialog mit den selbsterklärten Volksrepubliken Donezk und Lugansk und arbeitet an Gesetzen, die in direktem Widerspruch zu den Minsker Vereinbarungen stehen.

Situation um die Ukraine

Westliche Staaten werfen Russland seit Wochen vor, Streitkräfte an der ukrainischen Grenze zusammengezogen zu haben, was sie als ein Anzeichen für eine bevorstehende Intervention deuten. Moskau bestreitet die angeblichen Einmarschpläne und sieht sich durch das Heranrücken der Nato an seine Grenzen bedroht.

Deshalb forderte Moskau von den USA und der Allianz umfassende Sicherheitsgarantien. Unter anderem verlangt Russland ein Ende der Nato-Osterweiterung und einen Verzicht auf eine mögliche Aufnahme der Ukraine in das Militärbündnis. Diplomatische Gespräche auf höchster Ebene hatten zuletzt keinen Durchbruch gebracht. In dieser Woche will der deutsche Bundeskanzler, Olaf Scholz, Kiew und Moskau besuchen, um sich für eine friedliche Lösung einzusetzen.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/01/13/583210_0:0:3072:1728_1920x0_80_0_0_9e1f5968b5dff5c21e78809984af1078.jpg

de.rt.com: Russlands Außenamt: Russische Bürger in der Ukraine sollen Lage verfolgen – Provokationen möglich

Russlands Außenministerium hat sich an die russischen Staatsangehörigen in der Ukraine gewandt und ihnen empfohlen, die Lage aufmerksam mitzuverfolgen. Provokationen vor allem seitens "autonomer Akteure" seien nicht auszuschließen.

Russland schließt Provokationen gegen den Donbass durch "autonome Akteure" nicht aus. Dies war die Antwort des Direktors der Abteilung Lage- und Krisenzentrum im russischen Außenministerium, Juri Gorlatsch, auf die Frage von Journalisten, ob man plane, Sonderwarnungen für russische Staatsbürger, die eine Reise in die Ukraine vorhaben, zu veröffentlichen. Hier zitiert von der russischen Nachrichtenagentur RIA Nowosti:

"Natürlich sind Provokationen nicht ausgeschlossen – insbesondere vonseiten der 'autonomen Akteure', wie man sie heutzutage nennen kann, in der Ukraine."

In diesem Zusammenhang empfahl der Sicherheitsexperte den russischen Bürgern, die sich in der Ukraine aufhalten oder dorthin reisen müssen:

"Das Außenministerium empfiehlt in solchen Situationen, wie es auch während der Ereignisse in Kasachstan [im Januar] der Fall war, die Meldungen der Abteilung Lage- und Krisenzentrum zu verfolgen."

Auf die Frage, ob Russland denn plane, Russen aus der Ukraine zu evakuieren, erwiderte Gorlatsch:

"Haben Sie eine Ahnung, wie viele russische Staatsbürger sich auf ukrainischem Gebiet befinden?"

Gorlatsch stellte diese äußerst gemäßigte Warnung den dringenden Empfehlungen gegenüber, aus der Ukraine abzureisen beziehungsweise Reisen dorthin zu unterlassen, wie sie in den letzten Tagen von zahlreichen Weststaaten veröffentlicht wurden. Diese Vorgehensweise zählte er zu den üblichen westlichen Spekulationen und Versuchen, die Spannungen im Zusammenhang mit der Lage in der Ukraine zu verschärfen, und kritisierte:

"Unklar sind die Gründe, warum sie das betreiben."

In der Tat, die Volksrepubliken Donezk und Lugansk im ostukrainischen Donezk-Becken und der einzige sie unterstützende größere staatliche Akteur Russland haben mehr Gründe für Befürchtungen als Kiew oder seine westlichen "Verbündeten".

Da wäre die Konzentration von 150.000 ukrainischer Soldaten samt schwerer Artillerie, darunter Mehrfachraketenwerfer mit einer Reichweite von 70 Kilometern, und dazugehörigen Munitionsbeständen sowie Panzerfahrzeugen an der Kontaktlinie. Das Personal und Gerät sowie Fahrzeuge der entsprechenden Einheiten werden in höchster Gefechtsbereitschaft gehalten. Auch die Verlegung zahlreicher mobiler Abschussanlagen für explosive Minenräumschnüre ins Konfliktgebiet lässt keinen anderen Schluss zu als eine für einen baldigen Zeitraum geplante Offensive: Bisher waren beide Seiten über all die Jahre eher damit beschäftigt, Minen weiträumig zu verlegen, um einen Durchbruch des jeweiligen Gegners bei dessen etwaiger Offensive oder Konteroffensive möglichst kostspielig zu machen. Durch die so angelegten Minenfelder lassen sich mithilfe der genannten Minenräumgeräte sehr schnell Schienen sprengen. Schließlich hatten schon Ende 2021 nicht nur die Milizen der beiden Volksrepubliken, sondern auch das russische Verteidigungsministerium vor Provokationen mit Chemikalien gewarnt. Und nicht zuletzt gehen die ständigen Beschüsse der zivilen Infrastruktur und Wohngebiete ebenso wie der Milizeinheiten der beiden Volksrepubliken durch die Ukraine weiter.

Der Warnung des russischen Außenministeriums ging vor zwei Tagen der Beschluss voraus, das Personal russischer staatlicher Einrichtungen in der Ukraine zu optimieren. Sprecherin Maria Sacharowa erinnerte daran, dass vor fast einem Monat westliche Medien Meldungen aufzeichneten, Moskau würde angeblich seine Diplomaten aus der Ukraine evakuieren. Nach Ansicht von Sacharowa dienten diese Einwürfe dazu, einen Informationsvorwand zu schaffen, um mit der Evakuierung der eigenen diplomatischen Vertretungen der USA, des Vereinigten Königreichs Großbritannien, Australiens, Kanadas und anderer Westländer zu beginnen. In Anbetracht des Einflusses, den Washington und London auf Kiew ausüben, könne man davon ausgehen, dass die USA und die Briten wahrscheinlich wissen, dass in der Ukraine irgendwelche gewaltsamen Aktionen vorbereitet werden, so die Diplomatin:

"In dieser Lage haben wir aus Befürchtung möglicher Provokationen durch das Kiewer

Regime oder durch Drittländer die Entscheidung für eine gewisse Optimierung des Personals der russischen Außenstellen in der Ukraine getroffen."

Indes werden die wichtigsten Außenstellen weiterhin im regulären Betrieb bleiben, betonte Sacharowa:

"Wir weisen darauf hin, dass unsere Botschaften und Konsulate weiterhin ihre Hauptaufgaben wahrnehmen werden."



<https://cdni.rt.com/deutsch/images/2022.02/article/620a6007b480cc41a10a5096.jpg>

snanews.de: „Kilometerweit vorgedrungen“ – Verteidigungsminister Schoigu über fremdes U-Boot im Pazifik

Nach Berichten über einen Vorfall mit einem ausländischen U-Boot in russischen Pazifikgewässern hat Verteidigungsminister Sergej Schoigu weitere Details dazu bekannt gegeben.

Das ausländische U-Boot sei „recht weit“ in das russische Gebiet vorgedrungen, erklärte Minister Schoigu in einer Arbeitssitzung mit Präsident Putin am heutigen Montag: „Es waren mehr als vier Kilometer.“

Russlands Verteidigungsministerium berichtete am vergangenen Samstag, die russische Marine habe ein ausländisches U-Boot in der Nähe der zum Kurilen-Archipel gehörenden Insel Urup geortet. Nach Ministeriumsangaben handelte es sich aller Wahrscheinlichkeit nach um ein amerikanisches Boot der Virginia-Klasse. „Eine absolut unbegreifliche, unbegründete Aktivität im Osten“, sagte Schoigu bei dem Treffen mit Putin.

Auf die Aufforderung zum Auftauchen habe die Besatzung nicht reagiert. Daraufhin sei das U-Boot durch „spezielle Handlungen“ der russischen Marine aus den russischen Gewässern vertrieben worden. Die russische Pazifikflotte habe hierzu die Fregatte „Marschall Schaposchnikow“ eingesetzt. Nach „dreifacher Einwirkung“ habe das U-Boot das russische Gebiet schnellstens verlassen.

Nach dem Vorfall wurde dem amerikanischen Militärattaché in Moskau eine Protestnote überreicht. Man werte die Handlung der USA als groben Verstoß gegen die Normen des Völkerrechts. Russland behalte sich das Recht vor, „in den eigenen Territorialgewässern alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen“, um die eigene Sicherheit zu gewährleisten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/17/4065517_0:0:3165:1780_1920x0_80_0_0_f13d99c167778fe1e06b5cece45d3f16.jpg

snanews.de: **Ukraine-Krise: Scholz dankt Kiew für „zurückhaltende Reaktion“ und sagt weitere Finanzhilfen zu**

Bundeskanzler Olaf Scholz hat der Ukraine weitere Finanzhilfen zugesagt. Das Land erhalte 150 Millionen Euro als neuen ungebundenen Finanzkredit, zudem stünden 150 Millionen aus einem bestehenden Kredit bereit, die noch nicht abgeflossen seien. Das teilte er laut der DPA am Montag in Kiew mit.

Scholz und der ukrainische Präsident Wladimir Selenski unterhielten sich am Montag fast zwei Stunden, länger als geplant. „Es sind sehr ernste Zeiten, in denen ich die Ukraine besuche“, sagte Scholz bei einem gemeinsamen Auftritt mit Selenski. Deutschland stehe eng an der Seite Kiews. Kein Land der Welt habe der Ukraine in den vergangenen acht Jahren mehr finanzielle Hilfe geleistet als Deutschland. Es seien mehr als zwei Milliarden Euro gegeben worden. Scholz kündigte an, die Zusammenarbeit entschlossen fortsetzen zu wollen.

Sonderstatus von Donbass

Scholz und Selenski haben die Bedeutung des Normandie-Formats bekräftigt. Selenski hat laut dem Bundeskanzler versprochen, unter anderem Gesetzentwürfe zum Sonderstatus der selbsterklärten Volksrepubliken von Donbass – Lugansk und Donezk – zur Verfügung zu stellen.

„Der Präsident hat mir in unserem Gespräch nochmal versichert, die Gesetzentwürfe zum Sonderstatus, zur Verfassungsänderung, zum Wahlrecht zur Verfügung zu stellen für die Gespräche im Minsker Format“, sagte Scholz.

Scholz droht Russland erneut weitreichende Sanktionen an

Scholz hat Russland erneut mit harten Sanktionen gedroht, zugleich aber das Dialogangebot untermauert. „Im Falle einer militärischen Eskalation sind wir zu sehr weitreichenden und effektiven Sanktionen in Abstimmung mit unseren Verbündeten bereit“. Das werde er auch am Dienstag in Moskau unterstreichen, betonte der Kanzler.

Zugleich sagte Scholz: „Wir sind bereit für einen ernsthaften Dialog mit Russland über Fragen europäischer Sicherheit“.

Deutschland unterstütze entsprechende Vorschläge der Nato und der USA. Nun erwarte man von Russland eine Antwort darauf. Scholz forderte Moskau auf, die bestehenden Dialogangebote zu nutzen. Deutschland werde dabei für eine enge Abstimmung mit der Ukraine eintreten. Erwartet würden von Russland „eindeutige Schritte zur Deeskalation der gegenwärtigen Spannung“.

Scholz dankte der Ukraine „für ihre besonnene und zurückhaltende Reaktion auf eine sehr schwierige und auch bedrohliche Situation, der sie seit vielen Wochen mit Augenmaß

begegnet“. Er ermutige Kiew, diese verantwortungsvolle Politik fortzusetzen.

Mitgliedschaft der Ukraine in Bündnissen steht nicht an

Eine Mitgliedschaft der Ukraine in der Nato steht nach den Worten von Scholz derzeit nicht auf der Tagesordnung. „Die Frage von Mitgliedschaften in Bündnissen steht ja praktisch gar nicht an, und deshalb ist es schon etwas eigenwillig zu beobachten, dass die russische Regierung etwas, das praktisch nicht auf der Tagesordnung steht, zum Gegenstand großer politischer Problematiken macht“, sagte Scholz.

„Das ist doch die Herausforderung, vor der wir tatsächlich stehen. Dass etwas, um das es jetzt gar nicht geht, zum Thema gemacht wird.“

Hintergrund

Die Nato und einige anderen westlichen Länder kritisieren seit Wochen Truppenbewegungen Russlands auf seinem Hoheitsgebiet an der Grenze zur Ukraine und werfen Russland angebliche „aggressive Handlungen“ und geplanten Einmarsch in die benachbarte Ukraine vor. Russland hat bereits mehrmals diese Anschuldigungen zurückgewiesen. Die Spannungen würden hingegen die USA und ihre Nato-Verbündeten schaffen, die ihre Präsenz in Osteuropa erhöhen, die Zahl der Manöver im Schwarzen Meer steigern sowie Waffen an die Ukraine liefern.

Das Ziel aller Aggressionsvorwürfe gegenüber Russland besteht nach Moskaus Ansicht darin, eine militärische Konzentration an den russischen Grenzen zu schaffen.

Moskau weist immer wieder darauf hin, dass die Ukraine die Minsker Vereinbarungen verletzt. Diese sehen einen Waffenstillstand vor. Kiew hat hingegen die Hälfte seiner Streitkräfte, etwa 125.000 Militärangehörige, an die Trennlinie im Donbass geschickt und beschießt regelmäßig die selbsterklärten Volksrepubliken, darunter mit verbotenen Waffen wie Anti-Panzer-Raketen Javelin und Angriffsdrohnen Bayraktar.

Russlands Sicherheitsvorschläge

Russland hatte Ende 2021 Entwürfe eines Vertrages mit den USA und eines Abkommens mit der Nato über Sicherheitsgarantien veröffentlicht. Moskau fordert von den westlichen Partnern juristisch bindende Garantien für den Verzicht auf die Osterweiterung der Nato, auf die Aufnahme der Ukraine in die Allianz und auf die Einrichtung von Militärbasen in postsowjetischen Ländern.

Die USA und die Nato haben am 26. Januar ihre schriftlichen Antworten auf die Vorschläge an Moskau überreicht. Dem russischen Außenministerium zufolge haben die westlichen Staaten dort den wichtigsten Punkt – über die Nato-Osterweiterung – ignoriert. Der Inhalt wird auf Wunsch der US-Seite nicht veröffentlicht.



https://cdn1.snanews.de/img/07e6/02/0e/5356080_0:0:3077:1731_1920x0_80_0_0_3ff11140bc484155a3338840f3e86a2a.jpg

snanews.de: **Oligarchen verlassen Ukraine – Präsident Selenski: „Haben ihr eigenes**

Urteil gesprochen“

Zeitungsberichten zufolge haben mehrere ukrainische Oligarchen aus Angst vor einer möglichen Eskalation der derzeitigen Lage ihr Land verlassen. Präsident Selenski räumt ein, daran nichts ändern zu können, appelliert aber an die Geschäftsleute, ihre Mitarbeiter nicht im Stich zu lassen.

Zwanzig Charterflüge und Privatjets seien an nur einem Tag in Kiew gestartet: Ukrainische Oligarchen würden das Land verlassen oder ihre Familienmitglieder ausfliegen, schreibt die Online-Zeitung „Ukrainskaja prawda“

Präsident Selenski hat den Unternehmer-Exodus nach seinem Treffen mit Bundeskanzler Olaf Scholz am heutigen Montag kommentiert: „Es ist ein großes Problem mit den Oligarchen. Hier kann und wird der Staat keinen Einfluss nehmen. Ich finde, sie haben damit ihr eigenes Urteil gesprochen. Ich finde aber auch, sie sollten zu ihren Betrieben, zu den zehntausenden Menschen zurückkehren, die für sie und für den Staat arbeiten.“ Es handele sich doch um Großindustrielle, die vom Staat im Zuge der Privatisierung auch etwas erhalten hätten, fügte der ukrainische Präsident hinzu. Der Staat habe ihnen eine „große Chance“ gegeben.

Appell auch an Abgeordnete

Nach Zeitungsberichten haben in jüngster Zeit auch einige Abgeordnete die Ukraine verlassen. Welchen Parteien die Volksvertreter angehören, sagte Selenski nicht, mahnte die Politiker aber zur Rückkehr: „Ich möchte persönlich darum bitten, dass sie ... doch zurückkommen. Ich finde, sie müssen zurückkommen. Anderenfalls müssen wir als Staat und als Führung weitreichende Schlüsse ziehen.“ Die Führung und das Parlament hätten eine Vorbildfunktion für das ukrainische Volk und müssten Einigkeit demonstrieren.

Entgegen anderslautenden Erklärungen aus Moskau beschuldigt der Westen die russische Regierung, die Lage an der ukrainischen Grenze zu eskalieren. Nach Angaben des russischen Außenministeriums geht der Konflikt in Bezug auf die Ukraine aber nicht von Russland aus. Vielmehr nutzt der Westen die angespannte Lage als Vorwand für die Verstärkung seiner Truppen an den russischen Grenzen und als Rechtfertigung dafür, dass Kiew die Minsker Vereinbarungen hintertreibt. Aus dem Kreml hieß es, die Nato und die Vereinigten Staaten würden ihre Erklärungen zur Ukraine in Lügen und Fake News einbetten.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/08/12/3269110_105:0:3248:1768_1920x0_80_0_0_d49e80ee0cf0fce37d25cbf1b4321027.jpg

snanews.de: „Möglichkeiten noch nicht am Ende“: Russland bereit für weiteren Dialog zu Sicherheitsgarantien

Im Rahmen der Krise um die Ukraine hat der russische Präsident, Wladimir Putin, sich am Montag mit seinem Außenminister, Sergej Lawrow, getroffen. Die beiden Politiker haben die

Antworten von EU und Nato zu Sicherheitsgarantien sowie die Aussichten der weiteren Verhandlungen mit dem Westen besprochen.

Putin bezeichnete die Osterweiterung der Nato auf Kosten der postsowjetischen Republiken, einschließlich der Ukraine, als endlos und sehr gefährlich und fragte Lawrow, ob er in den Verhandlungen mit dem Westen überhaupt noch eine Chance sehe. „Es gibt immer eine Chance“, antwortete Lawrow.

Der Minister hat sich dafür ausgesprochen, die Verhandlungen über Sicherheitsgarantien mit den Vereinigten Staaten und der Nato fortzusetzen:

„Es scheint mir, dass unsere Möglichkeiten bei Weitem noch nicht am Ende sind.“

Die Antworten (zu Sicherheitsgarantien – Anm.d.Red.) von EU und Nato seien deshalb nicht zufriedenstellend, weil die von ihm angeschriebenen Außenminister nicht persönlich geantwortet hätten. „Deshalb werden wir weiterhin auf eine konkrete Antwort jedes Landes warten“, sagte Lawrow.

Allerdings dürften sich die Gespräche nicht endlos hinziehen. Laut Lawrow hat Russland nun auch eine zehnteilige Antwort an die Nato und die USA formuliert, nachdem beide Seiten bereits vorher Schriftstücke ausgetauscht hatten.

Wichtigste russische Vorschläge von USA abgelehnt

Die US-Antwort auf die wichtigsten Sicherheitsvorschläge Russlands sei wiederum negativ: „Sie haben uns Antworten geschickt – die Antwort der Vereinigten Staaten und die Antwort der Nordatlantischen Allianz. Wir haben sie zusammen mit unseren Kollegen in einem zwischenbehördlichen Format sorgfältig studiert. Uns interessiert vor allem die Antwort der Vereinigten Staaten, weil jeder versteht, wer die Hauptrolle bei der Lösung dieser Probleme im westlichen Lager spielt“, betonte Lawrow.

Ihm zufolge hat Washington die von Russland vorgebrachten Schlüsselpunkte (Nichterweiterung der Nato, Nichtstationierung von Angriffswaffen an den russischen Grenzen und den Truppenabzug in Osteuropa zu den Grenzen vom Jahr 1997) abgelehnt:

„Das kann uns natürlich nicht zufrieden stellen“, fügte der Minister hinzu.

„Dies betrifft den ersten Teil der amerikanischen Antwort, der uns nicht zufriedenstellt. Der zweite Teil ist bis zu einem gewissen Grad konstruktiv, er sieht ganz konkrete Maßnahmen vor“, sagte Lawrow.

Er erklärte, es handle sich im zweiten Teil um die Probleme landgestützter Mittel- und Kurzstreckenraketen.

„Er enthält auch konkrete Vorschläge für eine ganze Reihe von Maßnahmen zur Verringerung militärischer Risiken, für vertrauensbildende Maßnahmen und militärische Transparenz.

Interessanterweise spiegeln fast alle diese Komponenten, die die Amerikaner in ihre Antwort aufgenommen haben, die Initiativen wider, die Russland in den letzten Jahren gefördert hat“, sagte Lawrow.

Der russische Chefdiplomat machte darauf aufmerksam, die Nato versuche, die Entwicklung der Lage auf dem europäischen Kontinent im Alleingang zu bestimmen.

Gleichzeitig erinnerte er daran, dass gemäß den von den Spitzenpolitikern der OSZE-Mitgliedstaaten unterzeichneten Vereinbarungen „kein Land, keine Gruppe von Ländern, keine Organisation den OSZE-Raum beherrschen kann“. Das Prinzip der unteilbaren Sicherheit sei viel komplexer als das, was sich der Westen vorstelle, indem er den möglichen Beitritt der Ukraine zur Nato rechtfertige, so Lawrow.

Russland hatte Ende 2021 den USA und der Nato eine Liste mit Forderungen nach Sicherheitsgarantien übergeben. So sollte das Militärbündnis etwa auf eine Aufnahme der Ukraine verzichten und sich auf seine Positionen von 1997 zurückziehen. Die Nato beruft sich hingegen darauf, dass jedes Land das Recht auf eine freie Bündniswahl habe. Die Antworten der Nato und der USA auf die russischen Forderungen stießen wiederum in Moskau auf Enttäuschung. Russland sieht die Nato als Gefahr für seine Sicherheit. Die von Lawrow angekündigte schriftliche Antwort ist nun ein neues Gesprächsangebot.

Unterdessen hat nach der Kommunistischen Partei Russlands nun auch die Regierungspartei Geeintes Russland im Parlament einen Aufruf eingebracht, nach dem der Kreml die selbsternannten Volksrepubliken Donezk und Lugansk anerkennen soll. Die Staatsduma soll bereits an diesem Dienstag über die Verabschiedung der Aufrufe entscheiden. Die Kommunisten begründen die Initiative mit der schweren humanitären Lage im Donbass. Den Menschen dort müsse geholfen werden.



https://cdn1.snanews.de/img/07e5/0a/1f/4164287_0:164:3061:1885_1920x0_80_0_0_92744_9cb63c978fd374763974cf22faa.jpg